



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

POLICY PAPER

CHINAS EINFLUSS AUF DEMOKRATIE- FÖRDERNDE INSTITUTIONEN IM SÜDLICHEN AFRIKA

Dr. Innocent Batsani-Ncube, Ph.D.

STUDIE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg
Deutschland



/freiheit.org



/FriedrichNaumannStiftungFreiheit



/FNFreiheit

Autor

Innocent Batsani-Ncube, Ph.D.

Redaktion

Zoë van Doren
Abteilung Globale Themen

Kontakt

Telefon: +49 30 22 01 26 34
Fax: +49 30 69 08 81 02
E-Mail: service@freiheit.org

Stand

Dezember 2023

Hinweise zur Verwendung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

AKRONYME	4
ZUSAMMENFASSUNG	5
EINLEITUNG	6
I. AKTUELLER STAND: DIE EINFLUSSFAKTOREN VON CHINAS POLITISCHEN MANÖVERN IN AFRIKA	6
II. GRÜNDE FÜR DIE AUSRICHTUNG AUF POLITISCHE PARTEIEN UND PARLAMENTE	7
III. CHINAS FORCIERTES, PARTEIÜBERGREIFENDES ENGAGEMENT IM SÜDLICHEN AFRIKA	9
IV. CHINAS ANHALTENDE PRÄSENZ IN PARLAMENTARISCHEN INSTITUTIONEN	11
V. AUSWIRKUNGEN VON UNTERGRABENDE, DEMOKRATIEFÖRDERNDE INSTITUTIONEN.....	13
EMPFEHLUNGEN	15
QUELLENANGABEN UND ANMERKUNGEN.....	16
ÜBER DEN AUTOR	19

Akronyme

ANC	African National Congress (Afrikanischer Nationalkongress)	NIMD	Netherlands Institute for Multiparty Democracy (Niederländisches Institut für Mehrparteien-Demokratie)
BDS	Building Design Services (Bauplanungsdienstleistungen)	PF	Patriotic Front (Patriotische Front)
CCM	Chama Cha Mapinduzi	SADC	Southern African Development Community (Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas)
CNPC	China National Petroleum Company	SOE	State Owned Enterprises (Staatliche Unternehmen)
CCP	Chinese Communist Party (Kommunistische Partei Chinas)	SPLM	Sudan People's Liberation Movement (Sudanesische Volksbefreiungsbewegung)
CCP-ID	CCP International Department	SLPM/ A-IO	Sudan People's Liberation Movement/ Army – In Opposition (Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/ Armee – In Opposition)
DRC	Democratic Republic of Congo (Demokratische Republik Kongo)	SWAPO	South West Africa People's Organisation
FLMSA	Former Liberation Movements of Southern Africa	UN	United Nations (Vereinte Nationen)
FRELIMO	Frente de Libertação Moçambique	UNMISS	United Nations Mission in South Sudan (Mission der Vereinten Nationen im Süd-Sudan)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development (Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde)	UPND	United Party for National Development
IOC	International Olympic Committee (Internationales Olympisches Komitee)	WFD	Westminster Foundation for Democracy
MMD	Movement for Multiparty Democracy (Bewegung für Mehrparteien-Demokratie)	ZANU PF	Zimbabwe African National Union Patriotic Front
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola		

Zusammenfassung

Mit Zunahme Chinas wirtschaftlicher Interessen und politischen Einflusses in Afrika nahmen auch die Bedenken Chinas hinsichtlich der langfristigen Sicherheit seiner Investitionen zu. Wechselnde Regierungen - die chinafeindliche politische Veränderungen zur Folge haben - und der Verlust von Einfluss sind zwei wichtige Variablen, mit denen China zu kämpfen hat. Um seine Investitionen abzusichern, investiert China neuerdings Zeit und Ressourcen in die Entwicklung der innenpolitischen Institutionen afrikanischer Staaten, einschließlich politischer Parteien und Parlamente. Chinas direkte Rolle in politischen Parteien und Parlamenten in Afrika wirft jedoch die Frage auf, inwieweit es diese angeblich demokratiefördernden Institutionen auf dem Kontinent nach seinem autoritären Vorbild umgestaltet. Politische Parteien und Parlamente repräsentieren zwei Seiten der demokratischen Governance-Wertschöpfungskette. Auf der grundlegenden Ebene stellen politische Parteien Zivilisten/Freiwillige zur Verfügung, die durch Wahlen in öffentliche Vertreter umgewandelt werden. Die Parlamente sind mit der institutionellen Macht ausgestattet, Gesetze zu erlassen und die Handlungen derjenigen zu kontrollieren, die in der Regierung exekutive Aufgaben wahrnehmen. China ist sich des Nutzens dieser Institutionen in den politischen Systemen Afrikas bewusst und hat sie insbesondere als Rädchen in seinem politischen Einflussaufbau in Afrika eingesetzt.¹

China hat über 15 Parlamentsgebäude in Afrika gebaut oder renoviert. Auf diese Weise sicherte sich China die Möglichkeit, durch die langfristige Unterhaltung dieser Parlamentsgebäude Zugang zu parteiübergreifenden gesetzgebenden Eliten zu erhalten. China verfolgt im südlichen Afrika eine zweigleisige Strategie des Engagements. Eine Schule wurde aufgebaut, um die nächste Generation von Führern ehemaliger Befreiungsbewegungen auszubilden, die in ihren Ländern die Regierungsparteien bilden. Außerdem unterhält China eine aktive Ad-hoc-Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien, insbesondere in Ländern, in denen es regelmäßig zu politischen Wechslen kommt. China hat so die Möglichkeit, seinen Einfluss in strategischen politischen Institutionen geltend zu machen und sich einen direkten Zugang zu einflussreichen politischen Eliten in afrikanischen Ländern zu sichern.

Die wichtige Erkenntnis für politische Entscheidungsträger: China hat sich zu einem entscheidenden Akteur bei der (Neu-)Gestaltung innenpolitischer Institutionen in Afrika entwickelt. Dies ist besonders wichtig angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Entwicklung inklusiver politischer Institutionen zu unterstützen, die eine rechenschaftspflichtige Regierungsführung untermauern. Daraus lassen sich drei Empfehlungen für Organisationen ableiten, die die Entwicklung inklusiver politischer Institutionen in Afrika unterstützen:

- In Forschung investieren, die das Verständnis für die Details der politischen Einflussnahme Chinas in Afrika vertieft. Diese Ergebnisse sollten genutzt werden, um eine umfassende Kommunikations- und Stakeholder-Engagement-Strategie zu entwickeln, die dazu beiträgt, Chinas politische Einflussnahme in Afrika zu erklären.
- China in die etablierte Planung von Programmen zur Stärkung der Parlamente einbinden, um die negativen Auswirkungen seiner unilateralen Unterstützung für die Parlamente zu begrenzen und eine Zusammenarbeit bei der Unterstützung der afrikanischen Parlamente zu ermöglichen.
- In die Entwicklung widerstandsfähiger demokratischer Institutionen – wie politische Parteien, unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft – investieren, die einen Gegenpol zu Chinas autoritären politischen Einflüssen bilden können.

Einleitung

Dieses Paper beleuchtet Chinas Investitionen in Parlamente und politische Parteien im südlichen Afrika. Auf der Grundlage von Interviews mit politischen, bürokratischen und zivilgesellschaftlichen Eliten sowie von Presseberichten liefern wir Beweise aus dem südlichen Afrika, dass China in letzter Zeit afrikanische politische Parteien und Parlamente direkt ins Visier genommen und untergraben hat, um seine wirtschaftlichen Interessen und seinen politischen Einfluss langfristig zu sichern. Die Verwendung des Begriffs „untergraben“ in diesem Beitrag bezieht sich speziell auf die konzertierte Art und Weise, in der China Parlamente und politische Parteien identifiziert und benutzt hat, um seinen politischen Einfluss in Afrika auszubauen.

Chinas Motivation, politische Parteien und Parlamente zu untergraben, ergibt sich aus dem Ausmaß seiner Interessen und der Ungewissheit, ob das politische Umfeld ihm langfristig positiv gegenübersteht. Bezeichnenderweise ist China mit der Verankerung von repräsentativer Demokratie in Afrika konfrontiert, die inzwischen im Minimum Mehrparteien-Parlamente hervorbringt und am oberen Ende zu Regierungswechseln führt. Eine solche politische Vielfalt und Wandel schaffen Unsicherheit. Daher sind politische Parteien und Gesetzgeber für China zu wichtigen Zielen geworden, um Verbindungen zu afrikanischen politischen Eliten (potenziellen und tatsächlichen Regierungseliten) zu pflegen und seinen Einfluss langfristig zu sichern. In diesem Beitrag wird die Art und der

Umfang des politischen Engagements Chinas, deren Nettowirkung auf demokratiefördernde politische Institutionen; und die Maßnahmen untersucht, die inländische und andere internationale Akteure ergreifen könnten, um Chinas autoritärer Unterstützung in Afrika entgegenzuwirken.

Der Beitrag ist in vier Hauptabschnitte unterteilt. Im ersten Abschnitt werden die Beweggründe für Chinas politische Manöver erläutert. Dieser Beitrag argumentiert, dass mit der Zunahme der wirtschaftlichen Interessen und des politischen Einflusses Chinas in Afrika auch die Bedenken Chinas hinsichtlich der langfristigen Sicherheit seiner Investitionen gestiegen seien. Chinas politisches Engagement zielt darauf ab, politisches Kapital aufzubauen, das langfristig den Reputationsschaden in seinem laufenden geopolitischen Kampf mit den westlichen Mächten um Einfluss in Afrika abmildern wird. Im zweiten Abschnitt wird die konzeptionelle und praktische Bedeutung der heutigen afrikanischen politischen Parteien und parlamentarischen Institutionen erörtert und es wird erklärt, warum sie auf Chinas Strategie auf dem Kontinent im Mittelpunkt stehen. Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf konkrete Fallstudien über die Art und Weise, in der China mit politischen Parteien und Parlamenten im südlichen Afrika zusammenarbeitet. Der vierte und letzte Abschnitt befasst sich mit den Auswirkungen von Chinas Untergrabung der demokratiefördernden Institutionen und gibt drei Empfehlungen an Politik und Praktiker.

I. Aktueller Stand: Die Einflussfaktoren von Chinas politischen Manövern in Afrika

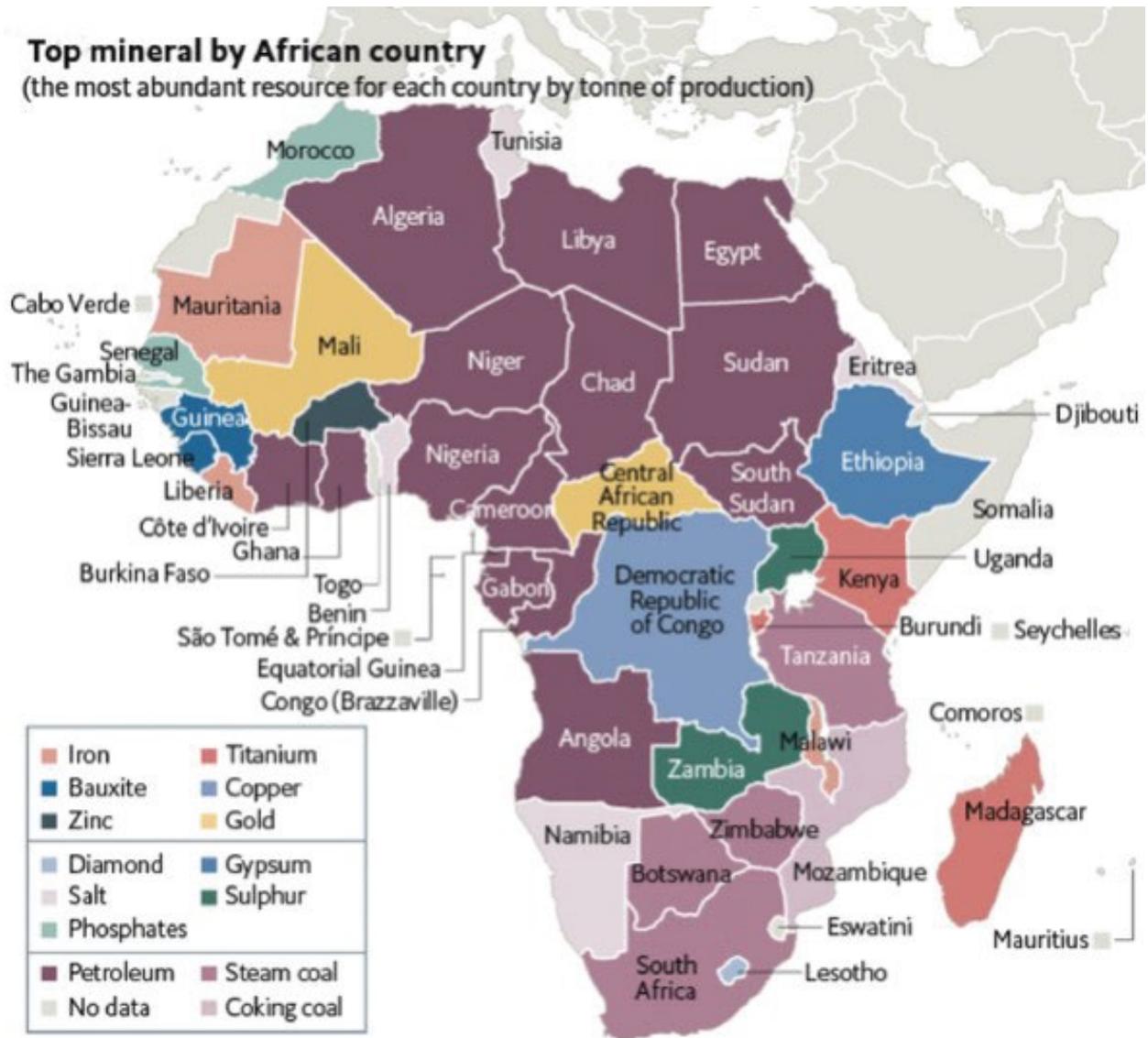
China benötigt in Afrika eine konstante Versorgung mit Primärrohstoffen wie Öl und Mineralien, um seine groß angelegte Industrieproduktion anzukurbeln und die Nachfrage seiner Märkte zu befriedigen. Afrika verfügt über beträchtliche Vorkommen an wichtigen Mineralien, darunter Bauxit, Kobalt, Kupfer, Diamanten, Phosphate, Platin und Uran (siehe Abb. 1). Chinas Nachfrage nach Primärrohstoffen, insbesondere Energie, ist beispiellos. Mit einem Verbrauch von 175,65 Exajoule im Jahr 2021 ist China der größte Energieverbraucher der Welt.¹ Dies entsprach damals 30 % des gesamten Weltverbrauchs. Um seinen Bedarf zu decken, hat sich China 25 % seiner Öl- und Gaslieferungen aus Afrika gesichert – der zweitgrößten Lieferregion nach dem Nahen Osten.² Im Jahr 2022 importierte China allein aus Angola Öl im Wert von mehr als 20 Milliarden US-Dollar.³ Obwohl die jüngsten

Ereignisse darauf hindeuten, dass China politischen Einfluss im Nahen Osten ausüben möchte, machen die geopolitischen Turbulenzen in dieser Region und die dortige Dominanz der Vereinigten Staaten Afrika zu einer zuverlässigeren Energiequelle.⁴

Chinas Handel mit Afrika – 282 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022, gegenüber 10 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 – verdeutlicht die Größe seiner wirtschaftlichen Interessen in Afrika.⁵ Chinas Importe – einschließlich der begehrten primären Rohstoffe wie Kobalt, Eisenerz und Kupfer – erreichten 2022 ein Volumen von über 117 Milliarden US-Dollar. Auch ist China durch sein finanzielles Engagement mit dem Kontinent verbunden, da es sich zum wichtigsten bilateralen Kreditgeber des Kontinents entwickelt hat.

Abb. 1 | Vorkommen wichtiger Mineralien auf dem afrikanischen Kontinent

(die größt Ressource für jedes Land, gemessen an der Produktionsmenge)



Quelle: EIU

Zwischen 2000 und 2020 haben chinesische Geldgeber Kredite in Höhe von 160 Milliarden US-Dollar an afrikanische Staaten (Regierungen und staatliche Unternehmen) vergeben.⁶ China ist sich jedoch auch bewusst, dass das Ausmaß seiner Darlehen an afrikanische Länder scharfe Kritik hervorgerufen hat, wie etwa von Brahma Chellaney, einem Experten für geostrategische Angelegenheiten, der Chinas Darlehensprogramm als Schuldenfalle bezeichnet hat.⁷ China weiß, dass eine derartige Kritik sowohl seine Glaubwürdigkeit bei der politischen Klasse in Afrika untergräbt als auch sein Ansehen als ethische Großmacht untergräbt.

Zusätzlich zur wachsenden Besorgnis über seinen finanziellen Einfluss auf afrikanische Länder muss sich China mit einem weiteren Reputationsrisiko auseinandersetzen, das aus seiner wahrgenommenen Unterstützung autoritärer, oft kor-

rupter afrikanischer Führungseliten resultiert. Es sind diese Beziehungen, die stets im Mittelpunkt der Kredit- und Hilfsvereinbarungen stehen. Einige Kommentatoren sind so weit gegangen, China als einen betrügerischen Akteur zu bezeichnen, der versucht, afrikanische Ressourcen zu plündern und sein autoritäres Regierungsmodell zu fördern.⁸

Diese Bedenken haben sich in scharfer Kritik der politischen Opposition in Afrika niedergeschlagen. In Sambia beispielsweise hat die Patriotische Front (PF) von Michael Chilufya Sata in ihrem ursprünglichen Wahlprogramm China und seine Beziehungen zu afrikanischen Regierungen angegriffen.⁹ Auf dem Höhepunkt der Darfur-Krise wurde Chinas Entscheidung, die Regierung von Omar Al Bashir offen zu unterstützen, sowohl über den Kontinent hinweg als auch im Westen mit Spott bedacht.

Außerdem hat sich die Präsenz chinesischer Firmen in Afrika ausgeweitet. McKinsey schätzt, dass über 10.000 chinesische Firmen in Afrika tätig sind.¹⁰ Chinesische staatliche (SOE) und Privatunternehmen sehen sich mit verschiedenen Hindernissen konfrontiert, die unter anderem auf politische Unstimmigkeiten und Verstaatlichungsdiskurse in wichtigen Rohstoffländern wie Angola, Nigeria, Tschad und im Sudan zurückzuführen sind.¹¹ Während der Unruhen in Libyen 2011 verzeichneten chinesische Unternehmen mitunter die größten Verluste. Zum damaligen Zeitpunkt waren nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums 75 Unternehmen in Libyen tätig, darunter auch die China National Petroleum Company (CNPC). Das Ministerium soll bestätigt haben, dass China „in Libyen große direkte wirtschaftliche Verluste erlitten hat, darunter geplünderte Baustellen, verbrannte und zerstörte Fahrzeuge und Werkzeuge, zerstörte Büroausstattung und gestohlenen Bargeld“.¹²

Die große Zahl chinesischer Staatsangehöriger, die auf dem Kontinent arbeiten, stellt für China eine Herausforderung für die menschliche Sicherheit dar. Zum Beispiel gab es 2019 vor dem Ausbruch von COVID-19 fast 200.000 chinesische Staatsangehörige in Afrika.¹³ Seit dem Libyen-Debakel hat China bei seinen außenpolitischen Überlegungen und Handlungen die Sicherheit seiner Staatsangehörigen im Ausland in den Vordergrund gestellt. Als 2011 zehntausende chinesische Arbeiter und Arbeiterinnen an der Front des libyschen Bürgerkriegs festsaßen, gelang es der chinesischen Regierung, 35.860 von ihnen innerhalb von 10 Tagen mithilfe mehrerer Transportmittel zu evakuieren.¹⁴ Angestachelt wurden sie zum Teil durch die Gegenreaktion ihrer eigenen Bürger und Bürgerinnen, die im Internet ihre Kritik an der Untätigkeit der Regierung zum Ausdruck brachten. Chinas Engagement in Afrika ist somit zu einem wichtigen innenpolitischen Thema geworden, das die Reaktion des Landes beeinflusst.

Diese Erfahrung hat Chinas Engagement in afrikanischen Ländern verändert und vielleicht eine Änderung seiner langjährigen Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Kooperationsländer beeinflusst. Dieser Politikwechsel zeigte sich zunächst in Chinas Engagement im Sudan und später im Südsudan. Im Jahr 2008 nahm Chinas Ruf schweren Schaden, weil es sich nicht gegen Al Bashirs Exzesse in Darfur ausgesprochen hatte. Der internationale Aufschrei drohte, Chinas „olympischen Moment“

- die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2008 durch das IOC - zu torpedieren. In materieller Hinsicht wurden Chinas wirtschaftliche Anlagen im Sudan, repräsentiert durch seine Ölproduktionsbetriebe der China National Petroleum Corporation (CNPC), eines staatlichen Unternehmens, ins Visier genommen, und Chinas Missachtung von Umwelt-, Arbeits- und politischen Standards bei der Ausübung seiner Geschäfte in Afrika rückte ganz besonders in den Mittelpunkt. Infolgedessen deutete Chinas Vorgehen im Südsudan einige Jahre später auf einen neuen Ansatz hin, der in Abstimmung mit regionalen und anderen internationalen Akteuren stärker in die Gestaltung interner politischer Regelungen eingebunden war. Als der Bürgerkrieg zwischen der Regierung von Salva Kiir und der rebellischen SPLM/A-IO unter der Führung des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar ausbrach, bemühte sich China um aktive Unterstützung und Einflussnahme bei der Konfliktvermittlung unter der Schirmherrschaft der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD). Berichten zufolge hatte China hinter den Kulissen Zugang sowohl zum Lager von Salva Kiir als auch zu dem von Riek Machar. Der Vermittler, Herr Seyoum Mesfin, war in Peking eine bekannte Persönlichkeit, da er als Äthiopiens Botschafter in China gedient hatte und China somit in der Lage war, bei der „Überbrückung der Differenzen“ zwischen den südsudanesischen Führern und den westlichen Ländern, die am Friedensprozess beteiligt waren, einen stabilisierenden Einfluss auszuüben.¹⁵ Peking entsandte seine Diplomaten, um an dem in Äthiopien abgehaltenen Friedensprozess teilzunehmen, und auf internationaler Ebene gestalteten Pekings Diplomaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen proaktiv die Resolutionen.

Bezeichnenderweise entsandte China Friedenstruppen und leistete finanzielle Beiträge zur Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) und trat auf Einladung der IGAD ohne zu zögern dem Aufsichtsgremium des Friedensabkommens vom August 2015 bei. Dieser Ansatz bedeutete eine deutliche Abkehr von Chinas Nichteinmischungsmodell und eine Hinwendung zu einem aktiven Engagement bei der Friedenssicherung auf dem Kontinent. Ab 2021 war China unter den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates der größte Beitragszahler für friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen.¹⁶ Chinas Streitkräfte sind derzeit aktiv an Friedensmissionen in der Demokratischen Republik Kongo, dem Südsudan, in Darfur und Mali beteiligt.

II. Gründe für die Ausrichtung auf politische Parteien und Parlamente

Abgesehen von seinem Engagement bei friedenserhaltenden Maßnahmen und seiner Abkehr von dem Prinzip der Nichteinmischung hat sich China in letzter Zeit auf eine engere Zusammenarbeit mit den politischen Institutionen in Afrika konzentriert, darunter Parlamente und politische Parteien. Der Kontext dieser Strategie basiert auf dem sich verändernden politischen Umfeld auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene. Innerhalb der afrikanischen Länder muss sich China mit kritischen politischen Oppositionsparteien, einer lebhaften Zivilgesellschaft und den Medien auseinandersetzen. Darüber hinaus ringt China mit Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika um politischen Einfluss. Gemeinsam stellen diese Akteure Chinas Absichten in Afrika in Frage und erheben den Vorwurf, seinen autoritären Entwicklungsweg zu fördern und die demokratische Regierungsführung zu untergraben.

Bezeichnenderweise muss sich China auch mit dem aktuellen politischen Wandel und dem Regierungswechsel in Afrika auseinandersetzen. Während Chinas früherer Ansatz durch die ausschließliche Unterstützung amtierender Staatsmänner gekennzeichnet war, ist dies heute aufgrund der Konsolidierung der repräsentativen Demokratie auf dem Kontinent ein großes Risiko. Wahlen in Afrika bringen inzwischen mindestens Mehrparteien-Parlamente hervor und führen im besten Fall zu einem Wechsel der regierenden Partei. Beispielsweise kamen zwischen 2017 und 2021 nach den Wahlen in der SADC-Region¹⁷ vier Oppositionsparteien in die Regierung (in der DRK, Malawi, den Seychellen und Sambia). Hinzu kommt, dass verfassungsmäßige Amtszeitbeschränkungen einen Wechsel der Führungsspitze innerhalb der Regierungspartei ermöglicht haben.

Zwischen 2015 und 2021 kam es in allen SADC-Mitgliedstaaten – mit Ausnahme von Eswatini (das zufälligerweise diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält) – zu einem Wechsel der Staats- und Regierungsoberhäupter. Diese Realitäten haben dazu geführt, dass Chinas Geschäftskosten in Afrika gestiegen sind und untermauert Chinas neuen Mechanismen zur Pflege politischer Beziehungen, die nun über die derzeitigen Regierungseliten hinausgehen und auch Medien, die Führung der Oppositionsparteien und die Gesetzgeber umfassen.

Die Logik, politische Parteien und Parlamente ins Visier zu nehmen, basiert auf der unverzichtbaren Tatsache, dass sie im Epizentrum der Regierungsführung stehen. Sie repräsentieren zwei Facetten der Wertschöpfungskette von Governance. Auf der grundlegenden Ebene stellen die politischen Parteien Zivilistinnen/Freiwillige zur Verfügung, die durch Wahlen in öffentliche Vertreter und Vertreterinnen umgewandelt werden, welche dann in der Legislative und der Exekutive dienen. Die politischen Akteure, die in Exekutivpositionen gewählt oder ernannt werden, sind dann für die

Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, einschließlich der Verhandlungen mit externen Partnern wie China, verantwortlich. Mit anderen Worten: Die politischen Parteien stellen die Führungspersonlichkeiten, die die öffentlichen Ämter leiten, und setzen sie ein, während die Parlamente mit der institutionellen Macht ausgestattet sind, Gesetze zu erlassen und die Handlungen derjenigen zu kontrollieren, die in der Regierung exekutive Aufgaben wahrnehmen. Auf diese Weise sind Parteien und Legislative kritische Institutionen im Epizentrum der nationalen Entscheidungsfindung, ganz gleich, ob es dabei um politische, wirtschaftliche oder sicherheitsrelevante Entscheidungen geht.

China ist nicht der einzige Akteur, der sich politische Parteien und Parlamente in Afrika zu Nutze gemacht hat. Seit der dritten Welle der Demokratisierung in Afrika haben Länder des globalen Nordens, zwischenstaatliche Organisationen, demokratiebildende Institutionen und gemeinnützige Organisationen diese beiden Institutionen für die Förderung und Konsolidierung einer verantwortlichen Regierungsführung als unerlässlich identifiziert. Organisationen wie die Westminster Foundation for Democracy (WFD) und das niederländische Institut für Mehrparteien-Demokratie (NIMD) unterstützen aktiv die Entwicklung von demokratischen und inklusiven Parteien in ausgewählten afrikanischen Ländern. In Sambia arbeitete der WFD 15 Jahre lang mit der oppositionellen United Party for National Development (UPND) zusammen, bis diese bei den Wahlen im Jahr 2021 den Durchbruch schaffte.

Parlamente gelten auch als wichtige Instrumente im Werkzeugkasten der Demokratie. Der ehemalige Direktor des NIMD, Dr. Roel von Meitjenfeld, betonte die entscheidende Rolle der Parlamente bei der Vertiefung der Demokratie. Er beklagte, dass die Forschung über afrikanische Parlamente in die „Kategorie wichtiger sozialer und politischer Themen fällt, die in der akademischen und verlegerischen Gemeinschaft nicht die Aufmerksamkeit erhalten haben, die sie verdienen“.¹⁸

Seit ihrer Entstehung werden afrikanische Mehrparteien-Parlamente von internationalen Akteuren als wertvolle Arena der Einflussnahme betrachtet. Die westlichen Geberländer haben ihre Präsenz in der afrikanischen Governance-Architektur durch Programme zur Stärkung der Parlamente aufrechterhalten.¹⁹ Beispielsweise hat das Vereinigte Königreich trotz der frostigen politischen Beziehungen zu Simbabwe weiterhin das simbabwische Parlament unterstützt.

Afrikanische Parlamente haben in den letzten zwei Jahrzehnten an politischem Gewicht und Bedeutung gewonnen. Studien über die Leistung der Parlamentarier und Parlamentarierinnen und der parlamentarischen Organisationen in Afrika haben sowohl auf ihre historische institutionelle Schwäche –

die auf das Erbe von Einparteien-Diktaturen zurückzuführen ist – als auch auf die spärlichen Anzeichen für eine Verbesserung ihrer Kapazitäten verwiesen. Der Politikwissenschaftler Joel Barkan stellt fest, dass die Gesetzgebenden in den afrikanischen Ländern zwar historisch gesehen „oft als Lakaiken und gut bezahlte Schmarotzer angesehen wurden“, dass aber in den letzten Jahren eine Stärkung der afrikanischen parlamentarischen Institutionen stattgefunden hat.²⁰

In Simbabwe verleiht die neue Verfassung dem Parlament die Befugnis, die Kriegserklärung zu kontrollieren, Verträge zu ratifizieren und Kredite und Budgets zu genehmigen.²¹ In Lesotho kann nur das Parlament den verfassungsmäßigen Monarchen des Landes, die Exekutive, die Judikative und die Mitglieder des Parlaments unter einem Dach vereinen. Die

Exekutive wird vom Parlament gewählt und ihr Vorsitz, der Premierminister, muss über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügen. Der starke Wahlkampf zwischen den politischen Parteien hat zu Mehrparteien-Parlamenten geführt und die Diversifizierung der Mitglieder hat das Ansehen der afrikanischen parlamentarischen Institutionen gestärkt. In der SADC-Region haben alle Länder mit Ausnahme von Eswatini – das politische Parteiorganisationen verboten hat – zwei oder mehr Parteien im Parlament vertreten. In der Demokratischen Republik Kongo, in Südafrika, Lesotho und Namibia sind beispielsweise 34, 14, 14 bzw. 11 politische Parteien in der Nationalversammlung vertreten. In der Demokratischen Republik Kongo, Malawi und Lesotho stellen Oppositionsabgeordnete und unabhängige Parlamentarierinnen mehr als 50 % aller Abgeordneten (*siehe Tabelle 1*).

Tabelle 1 | Zusammensetzung der Parlamente

Land	Anzahl der Parteien in der Nationalversammlung	Opposition/Unabhängige Mitglieder des Parlaments (in Prozent)
Angola	5	49
Botswana	4	29
Komoren	2	39
DRC	34	94
Eswatini	-	-
Lesotho	14	52
Madagaskar	7	44
Malawi	6	72
Mauritius	4	40
Mosambik	3	26
Namibia	11	39
Seychellen	2	32
Südafrika	14	42
Tansania	4	7
Sambia	3	44
Simbabwe	3	34

Quelle: Autor

Die Anzahl der politischen Parteien in diesen parlamentarischen Institutionen ist nicht unbedingt ein Zeichen für ein gut entwickeltes Rechtssystem. Allerdings zeigt Chinas starkes Interesse, auch in Ländern, in denen die Parlamente noch keine starken politischen Einfluss haben. Dies zeigt wie weit China strategisch plant und in die Zukunft blickt. Es ist sich sehr wohl bewusst, dass liberal-demokratische Parlamente für das politische Institutionengefüge in afrikanischen Ländern von zentraler Bedeutung sind, und anstatt sie zu untergraben, scheint China daran interessiert zu sein, sie

zu seinem Vorteil zu nutzen. Das bedeutet, dass China sich nicht wie der sprichwörtliche „Elefant im Porzellanladen“ verhält, indem es sein eigenes Modell durchsetzt, sondern dass es bereit ist, die etablierten parlamentarischen Institutionen zu nutzen, um seinen Einfluss geltend zu machen. Wenn etwas nicht kaputt ist, wozu sollte man es reparieren? Mit anderen Worten: China versteht es, an diesen Institutionen in ihrer bestehenden Form festzuhalten. Im Folgenden erläutern wir Chinas Methoden zur Einbindung dieser politischen Institutionen.

III. Chinas forciertes, parteiübergreifendes Engagement im Südlichen Afrika

China verfolgt im südlichen Afrika eine zweigleisige, parteiübergreifende Strategie des Engagements. Es unterstützt in erster Linie den Generationswechsel in und die Stärkung von Unabhängigkeitsbewegungen, in den Ländern in denen sie die dominierenden Regierungsparteien stellen. Außerdem tritt China in aktive Ad-hoc-Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien in Ländern, in denen es regelmäßig zu politischen Wechslen kommt. Insgesamt hat China so Zugang zu mächtigen politischen Akteuren in allen Ländern. Der Beitrag beleuchtet im Folgenden beiden Aspekte der Strategie.

Im Februar 2022 eröffnete China eine Schule für politische Führung – die Mwalimu Julius Nyerere Leadership School in Tansania –, um sein Modell an Funktionäre der Regierungsparteien im südlichen Afrika weiterzugeben. Die Schule war für die Parteiführung von sechs dominierenden Regierungsparteien im südlichen Afrika vorgesehen: den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) in Südafrika, Chama Cha Mapinduzi (CCM) in Tansania, Frente de Libertação Moçambique (FRELIMO) in Mosambik, Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) aus Angola, die South West Africa People's Organisation (SWAPO) in Namibia und die Zimbabwe African National Union Patriotic Front (ZANU PF) in Zimbabwe. Diese Parteien haben ihre Länder seit der Erlangung der politischen Unabhängigkeit ununterbrochen regiert. Alle sechs sind Gründungsmitglieder der Former Liberation Movements

of Southern Africa (FLMSA), der Nachfolgeorganisation der Frontlinienstaaten, einer Solidaritätsplattform, die gegründet wurde, um sich gegenseitig beim Kampf gegen die Kolonialherrschaft zu unterstützen und diese zu besiegen.²² Als Befreiungsbewegungen prägten diese Parteien gemeinsam die regionale politische Architektur und gründeten die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC). Als dominierende Regierungsparteien beeinflussen sie weiterhin die politische und sozioökonomische Entwicklung der SADC-Region. Die Rhetorik rund um Chinas exklusive Unterstützung dieser Parteien legitimiert diese als kameradschaftliche Hilfe, die auf den Befreiungskampf zurückgeht. Pragmatisch liegen die Gründe für Chinas Unterstützung jedoch in der strategischen Bedeutung, die die Einflussnahme auf die mächtigsten politischen Organisationen in der SADC mit sich bringt.

Die Mwalimu Julius Nyerere Leadership School in Kibaha (siehe Abb. 2), die etwa 40 Kilometer von Dar es Salaam entfernt liegt, wurde vom CCP International Department (CCPID) finanziert und gebaut.²³ In der offiziellen Beschreibung heißt es: „Der Bau der Schule begann im Jahr 2008 und wurde im Februar 2022 abgeschlossen. Sie [die Schule] hat eine Grundfläche von 24.600 Quadratmetern, die das Hauptgebäude, den Schlafsaal, die Kantine und das Gebäude mit einer Unterbringungskapazität von 200 Schülern umfasst und erstreckt sich auf einem Gebiet von etwa 10 Hektar.“²⁴

Abb. 2 | Die Mwalimu Julius Nyerere Leadership School in Kibaha



Quelle: <https://www.mjnl.ac.tz/abouts>

Die Schule soll zu einer wichtigen Drehscheibe für die Vertiefung der Beziehungen zwischen China und der nächsten Generation von FLMSA-Führungskräften werden. Vom 25. Mai bis zum 2. Juli 2022 veranstaltete die Schule einen so genannten FLMSA ‚Leading Cadres Workshop‘ für 120 Parteiführer und -führerinnen im Alter von 22 bis 45 Jahren. Einige bemerkenswerte Teilnehmer dieses Workshops waren ein stellvertretender Haupteinpeitscher der SWAPO-Partei, der Leiter des Sekretariats der ANC-Präsidentschaft, ein Mitglied des Politbüros der ZANU PF und ein Distriktkommissar aus Tansania. Die Teilnehmenden des Workshops lernten über den Entwicklungsweg Chinas und wie es einen Großteils seiner Bevölkerung aus der Armut hebte. Die Teilnehmenden erhielten auch einen Brief von Xi Jinping in seiner Funktion als Generalsekretär der KPCh, in welchem er sie aufforderte, „sich aktiv für die Sache der chinesisch-afrikanischen Freundschaft einzusetzen, den Geist der chinesisch-afrikanischen Freundschaft und Zusammenarbeit weiterzutragen und weiterzugeben und zum Aufbau einer hochwertigen chinesisch-afrikanischen Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft beizutragen.“²⁵ In ihrer Antwort auf Xis Brief versprachen die Teilnehmenden, sich dieser Mission voll und ganz zu widmen und „die Entwicklung ihrer Länder und das Glück ihrer Völker anzustreben.“²⁶

Der zweite Bereich von Chinas parteiübergreifenden Beziehungen besteht in der Ad-hoc-Zusammenarbeit mit wechselnden Regierungsparteien in Ländern, in denen politische Wechsel gängig sind. China hat seine Strategie an die politische Situation in Ländern wie Lesotho, Malawi und Sambia angepasst, in denen es immer wieder zu politischen Wechseln kommt. Es muss mit der Komplexität des politischen Wandels und der Möglichkeit eines feindlichen Politikwechsels umgehen und bereit sein, schnell von der unterlegenen Partei auf die neue Regierungspartei zu wechseln.

Das Paper zeigt anhand des politischen Engagements in Sambia, wie China dieses Ziel erreicht. Als die Patriotische Front (PF) von Michael Sata die Wahlen 2011 gewann, weil sie chinesische Investitionen in Sambia scharf kritisiert hatte, erwarteten Kommentatoren einen radikalen Politikwechsel und Einflussverlust seitens Chinas, das sein Schicksal scheinbar an die anhaltende Hegemonie der regierenden Partei Movement for Multi-Party Democracy (MMD) gebunden hatte. China war jedoch schnell in der Lage, eine Beziehung zu Sata und der PF aufzubauen. Chinas damaliger Botschafter in Sambia, Zhou Yuxiao, war der erste Diplomat in Lusaka, der Sata einen Höflichkeitsbesuch abstattete und ihm gratulierte.²⁷ Der chinesische Präsident Hu Jintao lud daraufhin Sata zu einem Staatsbesuch ein.

Innerhalb eines Monats hatten Sata und die PF-Regierung ihre China-Politik neu justiert. Sata befürwortete nun öffentlich chinesische Investitionen und versprach, sie in seiner Amtszeit zu nutzen. Als Antwort auf die Kritik an den chinesischen Akteuren in Sambia soll Sata gewitzelt haben;

„Geben Sie nicht den Chinesen die Schuld, sondern sich selbst, denn die Chinesen sind bereit zu arbeiten. Sie sind sehr fleißige Menschen. Die Chinesen kommen mit einer Mahlzeit pro Tag aus; Setzen Sie sie richtig ein, und wenn Sie feststellen, dass mehrere Chinesen für einen Job zur Verfügung stehen, geben Sie nicht den Chinesen die Schuld, sondern dem Einwanderungsbeamten, der ihnen die Arbeits-erlaubnis erteilt hat.“²⁸

Nachdem die Beziehungen zwischen den Regierungen wiederhergestellt waren, entwickelten die KPCh und die PF eine enge Beziehung, die so weit ging, dass die PF weitgehend als Förderer Chinas in Sambia angesehen wurde, als sie 2021 die Macht verlor, weit mehr als zuvor die MMD. Bezeichnenderweise waren der nationale Vorsitzende der PF, Samuel Mukupa, und Mitglieder des Zentralkomitees einen Monat vor den Wahlen 2021 privilegierte Gäste beim Online-Gipfel der KPCh und dem World Political Parties Summit. Als jedoch im August 2021 die United Party for National Development (UPND) – eine Partei mit einer starken liberalen ideologischen Ausrichtung – an die Macht kam, wiederholte China seine Taktik, der siegreichen Partei umgehend die Hand zu reichen. Wieder war der chinesische Botschafter Li Jie der erste Diplomat, der den gewählten Präsidenten Hakainde Hichilema traf und ihm gratulierte.

Obwohl einige Kommentatoren Hichilema für seine ihrer Meinung nach selbstbewusste Haltung gegenüber China gelobt haben,²⁹ gibt es Anzeichen dafür, dass die UPND eine direkte Arbeitsbeziehung zur KPCh aufgebaut hat. Im Oktober 2022 war ihr Generalsekretär Batuke Imelda Gast auf dem 20. Nationalkongress der KPCh, wo er die KPCh als „dem Volk verpflichtet“ lobte und verlautete, „dass sie eine nützliche Referenz für die UPND darstellt“.³⁰ Chinas Vorgehen in Sambia ist kein Einzelfall. China hat diesen Modus Operandi in allen SADC-Ländern wiederholt, in denen ein politischer Wechsel stattgefunden hat, darunter Lesotho, Malawi und in den Seychellen.

IV. Chinas anhaltende Präsenz in parlamentarischen Institutionen

China hat durch die Finanzierung, den Bau und die Unterhaltung von Parlamentsgebäuden eine direkte Präsenz in über fünfzehn afrikanischen gesetzgebenden Institutionen aufgebaut. Wie bereits erwähnt, hat die strategische Bedeutung afrikanischer Parlamente aufgrund ihrer Mehrparteien-Mitgliedschaft und ihres funktionalen Nutzens für die nationale Regierungsführung zugenommen. Allerdings wurde Chinas tiefgreifende Einflussnahme von den meisten Afrika-Kommentatoren übersehen, die darin einen undifferenzierten Teil der umfassenderen Beteiligung Chinas an Infrastrukturprojekten in Afrika sehen.³¹ Durch die Spende von Parlamentsgebäuden ist China zu einem wichtigen Akteur geworden. Es

hat einen Bedarf für Parlamentsgebäuden in afrikanischen Ländern gedeckt und sich auf diese Weise einen langfristigen Zugang zu diesen Einrichtungen und damit auch zu den politischen Vertretern und Vertreterinnen gesichert. Die Tatsache, dass China die Arbeit der begünstigten afrikanischen Parlamente räumlich organisiert – ein neuer Aspekt der chinesischen Auslandshilfe – verleiht dem Land eine hohe Sichtbarkeit in den politischen Institutionen Afrikas. Darüber hinaus hat die Größe der Parlamentsgebäude – als Wahrzeichen – das Stadtbild verändert und hebt so die chinesische Präsenz in diesen afrikanischen Staaten hervor (siehe Abb. 3).

Abb. 3 | Das neue Parlamentsgebäude in Maseru Lesotho, September 2019



Quelle: Autor

Diese Projekte bieten interessante Einblicke in Chinas politische Strategie. China verschenkt Parlamentsgebäude an Länder, die sie brauchen und die den Bau von Parlamentsgebäuden bereits geplant hatten. Auf diese Weise kann China sicher sein, dass die Gebäude, die es diesen Staaten schenkt, auch genutzt werden. In Lesotho beispielsweise sollte das neue Gebäude laut eines Regierungsbeschlusses aus dem Jahr 2004 mit moderner Ausstattung am Rande von Maseru am Mpilo Hill als Teil eines weitreichenden Parlamentsreformprogramms errichtet werden.³² In Malawi wurde ein neues Parlamentsgebäude dringend benötigt, da die Legislative in einem Präsidentenpalast mit 300 Zimmern arbeitete, in dem der Festsaal in einen Parlamentssaal umgewandelt und die Teesäle in Ausschussräume umfunktioniert worden waren.³³

China kontrolliert bewusst die architektonische Gestaltung dieser Gebäude, selbst wenn die begünstigten Staaten zuvor Entwürfe entwickelt haben. Sobald die chinesische Regierung – über ihr Handelsministerium – anbietet, den Bau des Parlamentsgebäudes zu finanzieren, beauftragt sie chinesische Architekten mit der Erstellung von Design-Prototypen, bei denen die bereits vorhandenen Entwürfe lokaler Architekten weitgehend ignoriert werden. Mit dieser Kontrolle des Entwurfsprozesses wird sichergestellt, dass chinesische Auftragnehmer bevorzugt eingesetzt werden und das Fachwissen aus China eingebracht wird. Ein leitender Planer in Lesotho sagte, dass vor der Beteiligung Chinas ein Entwurf vom Building Design Services (BDS) im Ministerium für öffentliche Arbeiten erstellt und von einem ressortübergreifen-

den Lenkungsausschuss der Regierung genehmigt worden war.³⁴ Als China sich jedoch einschaltete, wurde der BDS-Entwurf beiseite gelegt und der ressortübergreifende Lenkungsausschuss stellte seine Arbeit ein.³⁵

In Malawi war Chinas Wunsch, den Bau des Parlaments zu kontrollieren, noch offensichtlicher als in Lesotho. Bevor Malawi 2008 diplomatisch die Anerkennung von Taiwan zu China wechselte, war das Parlamentsgebäude von einem Konsortium lokaler Architekten entworfen und von Taiwan finanziert worden. Das Gebäude befand sich bereits im Bau. Von Anfang an bestand China darauf, den ursprünglichen Plan zu ändern. Sie zwangen die malawische Regierung, die Architekten zur Herausgabe aller Dokumente zu zwingen, die den Bau des Parlamentsgebäudes betrafen. China beauftragte einseitig eine chinesische Baufirma und bezog Baumaterialien und wichtige Handwerker ausschließlich aus China.³⁶ Darüber hinaus kontrollierte China in vollem Maße die Einstellung von Arbeitskräften, die Überwachung von Auftragnehmern und die Wartungsplanung. Anstatt den begünstigten Ländern die Möglichkeit zu geben, die Gebäude nach ihren Plänen und ihrem Fachwissen zu errichten, wählte China bewusst eine Methode, die ihm langfristig die Kontrolle über diese Gebäude verschaffte. Aus dieser Methode resultiert, dass nicht nur die Beschilderung in diesen Gebäuden in Mandarin gehalten ist, sondern dass die Emp-

fängerstaaten bei der Instandhaltung der Gebäude stark von China abhängig sind. Die Regierungen der Empfängerstaaten schließen mit China dreijährige Wartungsverträge ab, die am Ende jedes Zyklus erneuert werden. Damit wird sichergestellt, dass China über seine Beamten und Unternehmen weiterhin aktiv an der Verwaltung und Wartung dieser parlamentarischen Einrichtungen beteiligt ist. Ein hochrangiger Parlamentsbeamter in Malawi brachte das Problem auf den Punkt und bezeichnete die Instandhaltung der Gebäude als eine der größten Herausforderungen: „Wir müssen selbst für die Instandhaltung sorgen, aber wir arbeiten immer noch mit den Chinesen zusammen, die uns noch nicht ganz verlassen haben. Wir können also nicht das Nötige tun, weil sie immer noch an der Instandhaltung mitwirken.“³⁷

Acht Jahre nach der Inbetriebnahme des Gebäudes äußerte ein prominenter Parlamentsabgeordneter in Lesotho sein Unbehagen über die anhaltende Präsenz der Chinesen im Parlamentsgebäude: „Wenn eine Rohrleitung verstopft ist, kommen sie und reparieren alles. Wenn es eine elektrische Störung gibt, kommen sie und beheben das Problem mit dem Strom. Jetzt waren sie gerade damit beschäftigt, die Innenwände zu streichen.“³⁸ Das wichtigste Erkenntnis dabei ist, dass diese Parlamentsgebäude absichtlich so gebaut wurden, dass sie von China abhängig sind, um China die Möglichkeit zu geben, langfristig Einfluss und Macht auszuüben.

V. Auswirkungen von untergrabenden, demokratiefördernden Institutionen

Die vorangegangenen Abschnitte haben insgesamt gezeigt, dass Chinas Manöver in politischen Parteien und Parlamenten den Kern seiner übergreifenden Strategie zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen und seines politischen Einflusses in Afrika bilden. China hat diese demokratiefördernden Institutionen bewusst ins Visier genommen und sie für seine außenpolitischen Ziele in Afrika umfunktioniert. Auf diese Weise hat China sich zu einem entscheidenden Akteur bei der (Um-)Gestaltung der afrikanischen politischen Institutionen entwickelt. Dies ist eine wichtige Erkenntnis für politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, die eine Entwicklung inklusiver politischer Institutionen, die die Grundlage einer rechenschaftspflichtigen Regierungsführung sind, unterstützen wollen. Bei jedem Engagement in und mit diesen Institutionen sollte den Nettoeffekt von Chinas Aktivitäten berücksichtigt werden. In diesem letzten Abschnitt wird über drei mögliche Auswirkungen von Chinas Manövern reflektiert: die möglichen Auswirkungen auf die Wahlen in den Demokratien, die demokratische Regierungsführung und die wichtigsten Werte des politischen Systems.

Erstens stellt Chinas Strategie des Engagements und der Beziehungen zu politischen Parteien im südlichen Afrika ein Dilemma für die Stärkung der repräsentativen Demokratie dar. Wenn in einem politischen System mehr als eine politische Partei zu den Wahlen antritt, haben die Wähler eine echte Chance, zwischen den angebotenen Optionen zu wählen. Während regelmäßige Wahlen mit einem echten Wahlkampf auf dem Kontinent eher die Norm als die Ausnahme sind - in einigen Ländern hat dies zu einem Machtwechsel geführt -, fällt auf, dass es China nicht unbedingt wichtig ist, welche politische Partei den Wahlkampf gewinnt. Die Fallstudie der politischen Parteien des südlichen Afrikas, die in diesem Beitrag behandelt wird, zeigt, dass China eine dauerhafte Partnerschaft mit den dominierenden Regierungsparteien unterhält und auch erfolgreich dauerhafte Beziehungen zu neuen Parteien in Staaten aufgebaut hat, in denen es zu politischen Wechseln kommt. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, verlieren Wahlen ihren Nutzen, wenn es darum geht, Veränderungen in Bezug auf eine grundsätzliche, China-kritische Außenpolitik herbeizuführen. Chinas Strategie verschafft ihm Zugang zu den herrschenden politischen Eliten in Afrika aber auch einen Vorteil gegenüber anderen Akteuren wie der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und anderen internationalen Akteuren.

Zweitens wirft Chinas entschlossenes und langfristiges Engagement in den Parlamenten – Institutionen, die die demokratische Regierungsführung unterstützen sollen – die Frage auf, inwieweit seine Präsenz deren Effektivität untergräbt. Obwohl keine Beweise vorliegen, die genutzt werden könnten, um die Auswirkung Chinas auf afrikanischen Parlamente zu messen, sollten Programme zur Stärkung der Parlamente, die von bilateralen und multilateralen westlichen Gebern sowie der inländischen Zivilgesellschaft durchgeführt werden, Chinas Unterstützung von Parlamenten berücksichtigen und sich mit ihr auseinandersetzen.

Während die traditionellen Partner das Potenzial der Parlamente zur Unterstützung einer inklusiven, demokratischen und rechenschaftspflichtigen Regierungsführung erkannt haben, sichert sich China durch sein Investitionsmodell in afrikanische Parlamentsgebäude seinen Einfluss, indem es sich durch die Instandhaltung der Gebäude in die täglichen Aktivitäten der Parlamente einbringt und so Zugang zu den gesetzgebenden Instanzen erhält. Diese beiden Ansätze zur Stärkung des Parlaments verlaufen parallel zueinander. Während ersterer ausdrücklich auf die Konsolidierung der demokratischen Regierungsführung abzielt, geht es bei letzterem um den politischen Zugang. Auch Spionage durch Zugang zu den Gebäuden ist nicht von der Hand zu weisen.

Drittens haben Chinas Interessen an afrikanischen politischen Parteien und Parlamenten langfristige Auswirkungen auf die vorherrschenden Werte, die das politische Leben auf dem Kontinent prägen werden. Das Ringen um Einfluss im globalen Süden zwischen China und den westlichen Mächten ist oft als ein Wettstreit zwischen den autoritären und den demokratischen Werten der Ersteren charakterisiert worden.

Wenn dies der Fall ist, kann das Ausmaß von Chinas Einfluss auf politische Parteien in Afrika – was hier am Beispiel des Südlichen Afrikas gezeigt wurde – gegebenenfalls die Waage in Richtung autoritärer Werte kippen. Wie in diesem Paper dargelegt, soll Chinas Führungsschule in Tansania die Verbreitung seiner Werte an die nächste Generation von Führungspersonlichkeiten der dominanten politischen Parteien unterstützen. Der Fall Sambia veranschaulicht auch den Erfolg Chinas bei der Anwerbung von Regierungsparteien, die aus politischen Umwälzungen hervorgegangen sind; Parteien, die vor der Regierungsübernahme entweder kritisch gegenüber China eingestellt waren oder keine Beziehungen zu China hatten. Da China seinen Einfluss ausweitet, wird die Frage, welche Werte im politischen Leben afrikanischer Länder vorherrschen, von zentraler Bedeutung sein.

Empfehlungen

Abschließend sollten demokratiefördernde politische Entscheidungsträger in Afrika:

1. In Forschung investieren, die das Verständnis für die politischen Einflussnahme Chinas in Afrika vertieft, und die Ergebnisse nutzen, um eine umfassende Kommunikations- und Stakeholder-Engagement-Strategie zu entwickeln. Viele Aspekte von Chinas politischem Engagement in Afrika, sind noch unerforscht. Ein Einblick in den Lehrplan/ die Ausbildungsdetails der von der KPCh betriebenen Mwalimu Julius Nyerere Leadership School in Tansania und die Art und Weise, wie die Absolventen und Absolventinnen der Schule in öffentlichen Ämtern eingesetzt werden, würde beispielsweise Erkenntnisse liefern, die sowohl in der Theorie als auch in der Praxis zum Verständnis und zur Erklärung der politischen Einflussnahme Chinas in Afrika beitragen würden.
2. China strategischer einbinden. Ein völliger Ausschluss und eine Beseitigung des chinesischen Einflusses in diesen Parlamenten ist nicht mehr möglich, vor allem nicht auf kurze Sicht. Es ist jedoch möglich, China strategisch in die Planung von Programmen zur Stärkung der Parlamente einzubinden, um die negativen Auswirkungen seiner einseitigen Unterstützung der Parlamente zu begrenzen. Die derzeitige Regelung führt zu parallelen Prozessen, was potenzielle Auswirkungen auf das Endergebnis hat – die Stärkung der demokratischen Regierungsfähigkeit der parlamentarischen Institutionen. Ein solcher Schritt könnte Chinas Engagement in den gesetzgebenden Institutionen zu einem kontrollierbaren Aspekt der Agenda für den Aufbau demokratischer Institutionen machen. Durch die Einbindung in den Mainstream könnte eine Zusammenarbeit zur Unterstützung afrikanischer Parlamente möglich werden.
3. In die Entwicklung widerstandsfähiger demokratischer Institutionen – wie politische Parteien, unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft – investieren. Diese bilden einen Gegenpol zu Chinas autoritären politischen Einflüssen. Dazu gehört auch ein besseres Verständnis, wie China seine Partnerschaften erfolgreich entwickelt hat.

Quellen und Anmerkungen

- 1 **Statista** (2021) Primary energy consumption worldwide in 2021, by country. Verfügbar unter: <https://www.statista.com/statistics/263455/primary-energy-consumption-of-selected-countries/>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 2 **Africa Oil Week** (n.d) Understanding Chinese investment in African oil and gas, Verfügbar unter: <https://africa-oil-week.com/articles/understanding-chinese-investment-in-african-oil-and-gas>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 3 **China-Lusophone Brief: An Intelligence Unit** (2023) China-Africa trade surges to a record USD 282 billion in 2022, Verfügbar unter: <https://www.clbrief.com/china-africa-trade-surges-to-a-record-usd-282-billion-in-2022/>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 4 **Hamzawy, A.** (2023) The Potential Inroads and Pitfalls of China's Foray Into Middle East Diplomacy, Verfügbar unter: <https://carnegieendowment.org/2023/03/20/potential-inroads-and-pitfalls-of-china-s-foray-into-middle-east-diplomacy-pub-89316>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 5 **Lusophone Brief: An Intelligence Unit** (2023) China-Africa trade surges to a record USD 282 billion in 2022, Verfügbar unter: <https://www.clbrief.com/china-africa-trade-surges-to-a-record-usd-282-billion-in-2022/>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 6 **BU Global Development Centre** (n.d) Chinese loans to Africa Database. Verfügbar unter: <https://www.bu.edu/gdp/chinese-loans-to-africa-database/>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 7 **Chellaney, B.** (2022) A spotlight on Chinese bondage in Project Syndicate (22. November 2022). Verfügbar unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/kenya-china-loan-agreement-revealed-debt-trap-by-brahma-chellaney-2022-11?barrier=accesspaylog>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 8 <https://foreignpolicy.com/2009/10/15/rogue-aid/>
- 9 **Fraser, A.** (2017). Post-populism in Zambia: Michael Sata's rise, demise and legacy. *International Political Science Review*, 38(4), 456-472.
- 10 **Jayaram, K., Kassiri, O and Sun I.Y** (2017) The closest look yet at Chinese economic engagement in Africa. Verfügbar unter: <https://www.mckinsey.com/featured-insights/middle-east-and-africa/the-closest-look-yet-at-chinese-economic-engagement-in-africa>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 11 **Alao, A. and Alden, C.** (2018) Africa's Security Challenges and China's Evolving Approach to Africa's Peace and Security Architecture, in Alden, C; Alao, A; Chun, Z and Barber, L (ed) *China and Africa-Building Peace and Security Cooperation on the continent*, Cham: Palgrave Macmillan.
- 12 **Chan, R. and Miles, T.** (2011) Libya evacuation: China evacuates 12,000 nationals via naval frigate, in *The Christian Science Monitor* (25. Februar 2022); Verfügbar unter: <https://www.csmonitor.com/World/Latest-News-Wires/2011/0225/Libya-evacuation-China-evacuates-12-000-nationals-via-naval-fragate>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 13 **China-Africa Research Initiative** (2023) Chinese Workers in Africa, Verfügbar unter: <http://www.sais-cari.org/data-chinese-workers-in-africa>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 14 **Jingtao, S.** (2011) Lessons to learn from Libyan evacuation, in *South China Morning Post* (5. März 2011) Verfügbar unter: <https://www.scmp.com/article/739925/lessons-learn-libyan-evacuation>, Abgerufen am 14. April 2023.
- 15 **ICG** (2017) China's Foreign Policy Experiment in South Sudan. Verfügbar unter: *China's Foreign Policy Experiment in South Sudan | Crisis Group*, Abgerufen am 14. April 2023.
- 16 Siehe: **United Nations** (2021) Contribution of Uniformed Personnel to UN by Country and Personnel Type, Verfügbar unter: https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/01_summary_of_contributions_35_feb2021.pdf, Abgerufen am 15. April 2023; Ebenso **Chinesische Botschaft in Kenia** (2022) Botschafter Zhou Pingjian: China to continue backing peace efforts in Africa, Verfügbar unter: https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zwjg_665342/zwb_d_665378/202207/t20220728_10729497.html, Abgerufen am 15. April 2023.
- 17 **Die SADC** setzt sich zusammen aus Angola, Botswana, den Komoren, der Demokratischen Republik Kongo, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, den Seychellen, Südafrika, Tansania, Sambia und Simbabwe.

- 18 See **Salih, M.** (ed) (2005). African Parliaments: Between Governance and Government. New York: Springer (2005: xvii).
- 19 **Batsani-Ncube, I.** (2022) Purpose-Built Parliament Buildings and the Institutionalisation of Parliament in Lesotho and Malawi, *Parliamentary Affairs*; <https://doi.org/10.1093/pa/gsc017>.
- 20 **Barkan, J. D.** (2008). Legislatures on the Rise? *Journal of Democracy*, 19(2), 124–137. <https://doi.org/10.1353/jod.2008.0020> Seite 25.
- 21 **Republic of Zimbabwe** (2013). Zimbabwe's Constitution. *Government Press*.
- 22 2019 trat auch die Botswana Democratic Party (BDP), die verbleibende dominante Regierungspartei, die früher zu den Frontlinienstaaten gehörte, der FLMSA bei.
- 23 Die KPCh -ID ist ein wichtiges Instrument der Einflussnahme Chinas auf politische Parteien. Die KPCh -ID hat das Mandat, die Beziehungen zu den regierenden (guozhengdang) und oppositionellen (fanduidang) politischen Parteien in der ganzen Welt aktiv zu pflegen.
- 24 **Mwalimu Julius Nyerere Leadership School** (2023) Welcome to Mwalimu Nyerere Leadership School. Verfügbar unter: <https://www.mjnls.ac.tz/abouts>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 25 **Mwalimu Julius Nyerere Leadership School** (2023) Xiplomacy: Xi's reply inspires African youths to promote China-Africa cooperation (posted 16 Jun 2022) Verfügbar unter: <https://www.mjnls.ac.tz/news-read/aGENbJng5w>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 26 Ibid.
- 27 **Mutale, A** (2011) Zambia's new President Sata sets new mining rules for China, *The Christian Science Monitor* (28. September 2011) Verfügbar unter: <https://www.csmonitor.com/World/Africa/2011/0928/Zambia-s-new-President-Sata-sets-new-mining-rules-for-China>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 28 **Editor** (2011) Sata U-turns on China, *The Lusaka Times* (30. Oktober 2011) Verfügbar unter: <https://www.lusaka-times.com/2011/10/30/sata-uturns-china/>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 29 **Chan, S and Vandome, C** (2023) Zambia: The first year of a Hichilema foreign policy, *Chatham House* (31. August 2022) Verfügbar unter: <https://www.chathamhouse.org/2022/08/zambia-first-year-hichilema-foreign-policy>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 30 **China Daily** (2022) Highlights of foreign congratulatory messages on 20th CCP National Congress, *China Daily* (22. Oktober 2022) Verfügbar unter: <https://www.china-daily.com.cn/a/202210/22/WS6353697da310fd2b29e-7def8.html>, Abgerufen am 07. April 2023.
- 31 **Batsani-Ncube, I.** (2022) Whose Building? Tracing the Politics of the Chinese Government-Funded Parliament Building in Lesotho, *Journal of Southern African Studies*, 48:5, 883-900, DOI: 10.1080/03057070.2022.2122385.
- 32 Interview with a Senior Parliament Staffer, Maseru 11. September 2019.
- 33 **Potts, D.** (1985). Capital relocation in Africa: The case of Lilongwe in Malawi. *Geographical Journal*, 182-196.
- 34 Diesem Ausschuss unter dem Vorsitz des Parlamentschreibers gehörten Beamte aus verschiedenen Abteilungen wie der Nationalversammlung, dem Senat, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Stadtrat von Maseru an.
- 36 Interview mit dem ursprünglichen Architekten und Designer, Lilongwe, 11. Juli 2019.
- 37 Interview mit einem leitenden Beamten des Parlaments von Malawi, Lilongwe, 24. Juli 2019.
- 38 Interview mit einem hochrangigen Mitglied des Parlaments, Maseru, 3. Oktober 2019.

Über den Autor



Dr. Innocent Batsani-Ncube, Ph.D.

ist Dozent für afrikanische Politik an der Queen Mary University of London's School of Politics and International Relations (QMUL-SPIR). Er ist spezialisiert auf die Politik und politische Ökonomie der Beziehungen zwischen Afrika und China und Russland. Er wird demnächst ein Buch über Chinas Engagement in afrikanischen Parlamenten veröffentlichen. Seine wissenschaftlichen Artikel wurden im Journal of Southern African Studies (JSAS) und in Parliamentary Affairs veröffentlicht. Vor seiner Tätigkeit an der QMUL- SPIR war Ib als Usawa Postdoctoral Research Fellow an der SOAS University of London tätig. Davor war er über 16 Jahre lang in den höchsten Ebenen der afrikanischen Zivilgesellschaft tätig, wo er Projekte zur Förderung der politischen Partizipation und des bürgerlichen Engagements konzipierte und koordinierte.

